

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02221) 2190 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

Hans Apel, Bundesvertei-  
digungsminister, zum  
Bild des Wehrpflichti-  
gen.

Seite 1/2

Heinz Menzel MdB, ana-  
lysiert Stoltenbergs  
Karriereplanung.

Seite 3

Fritz Sänger warnt vor  
rein formaler Ausgewo-  
genheit in Presse und  
Funk.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02221) 812-1

35. Jahrgang / 131

14. Juli 1960

Es fehlt an Orientierungshilfen

Wehrpflichtige müssen den Sinn ihres Dienstes erkennen können

Von Hans Apel MdB

Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des SPD-Vor-  
standes

Die Frage der Wehrpflicht wird bei uns allzuoft ausschließlich unter dem Aspekt der personellen Bedarfsdeckung der Streitkräfte diskutiert. Mit dieser Sicht werden wir jedoch dem Dienst, den diese jungen Männer leisten, nicht gerecht. Wir haben die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und halten an ihr fest, weil nach unserer Auffassung das der lebendigste und überzeugendste Ausdruck des Verteidigungswillens dieser Gesellschaft ist.

Wir begreifen den Dienst des wehrpflichtigen Soldaten auch als ein Bindeglied zwischen der zivilen Gesellschaft und den Streitkräften. So werden gesellschaftliche Einflüsse wirksam, Impulse gegeben, wird das innere Gefüge der Bundeswehr vor gesellschaftlicher Entfremdung und innerer Erstarrung bewahrt.

Meinungsumfragen zeigen, daß rund 45 Prozent der Wehrpflichtigen bereit sind, gerne beziehungsweise pflichtgemäß Soldat zu werden. 30 Prozent wollen den Dienst ungerne beziehungsweise gar nicht leisten. Bedenkt man, daß mit der Ableistung des Wehrdienstes eine ganz konkrete persönliche Last verbunden ist, so ist dieses Ergebnis durchaus positiv zu bewerten.

Unabhängig von diesem Ergebnis müssen wir aber feststellen, daß es uns nicht gelingt, einem Großteil der wehrpflichtigen Soldaten Sinn und Zweck ihres Dienstes zu vermitteln. Wir alle, keinesfalls nur die Bundeswehr, tragen hierfür Verantwortung. Weder das Elternhaus, noch die Schule, noch die Medien leisten die notwendige Orientierungshilfe. Es kann daher nicht verwundern, daß nur jeder zehnte Wehrdienstleistende vor seinem Dienstantritt eine genauere Vorstellung über das hat, was ihn bei der Bundeswehr erwartet.

Gerade deshalb sollten sich militärische Vorgesetzte, vor allem die Ausbilder, stets der Tatsache bewußt sein, daß für



viele Wehrpflichtige die Bundeswehr ihre erste, ganz praktische Begegnung mit "dem Staat" ist. Positive wie negative Erfahrungen werden daher das Staatsbild, den Eindruck von unserem demokratischen Rechtsstaat und die Einstellung zu ihm wesentlich prägen. Die 18- bis 20jährigen von heute sind in ihrer Mehrzahl unpolitisch als noch vor Jahren. Im Einklang mit dieser Haltung steht das Bedürfnis nach Ruhe, Ordnung, Sicherheit, nach Harmonie. Ich finde das auch beunruhigend. In der Demokratie ist eben "Ruhe" nicht die erste und oberste Bürgerpflicht.

Die Einberufung greift störend in diese Bedürfnisse ein. Der Wehrpflichtige wird aus seiner vertrauten Umwelt herausgelöst, er muß auf den gewohnten Lohn verzichten, sein Leben wird stärker reglementiert. Das erklärt, warum viele Wehrpflichtige dem "Bund" eher ablehnend gegenüberstehen.

Aber uns treten dabei auch grundsätzliche Probleme unserer Gesellschaft entgegen. Natürlich hat die neoliberale Entfesselung deutscher Tatkraft und unbeugsamen Willens zum Wiederaufbau unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Wirkungen gezeigt. Aber die alt-kapitalistische Parole des "bereichert Euch", dieser Leitsatz des deutschen Wirtschaftswunders, hat vor dem Hintergrund der unglaublichen Ausbeutung des Satzes "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" durch die Nazis auch ein Bewußtsein in unserer Gesellschaft geschaffen, das oft genug "dienen" und "dumm" als synonym empfinden läßt. Wie oft wird auch in der Bundeswehr dienen mit verdienen gleichgesetzt.

Unsere Jugend ist viel besser als ihr Ruf, oft besser als ihre Eltern. Sie stellt auch deshalb die Frage nach dem Sinn ihres Lebens, weil sie anders leben will als ihre Eltern. Hier liegt eine Chance für unsere Gesellschaft und damit auch eine Herausforderung für die Bundeswehr, dem Idealismus junger Männer zu entsprechen, ihn nicht zu mißbrauchen.

Unter diesen Rahmenbedingungen hat die Bundeswehr politische Bildung zu betreiben. Die gegebenen Voraussetzungen machen das für die Bundeswehr wesentlich schwieriger als in den meisten anderen Bereichen der schulischen und außerschulischen Erwachsenenbildung.

Unabhängig von dieser Situation hat die politische Bildung der Bundeswehr durchaus auch "hausintern" Schwachstellen organisatorischer und pädagogisch-didaktischer Art. Wir sind dabei, diese Mängel zu beseitigen.

Es ist auf Dauer unerträglich und beschämend, daß es uns kaum gelingt, dem Wehrpflichtigen die Einsicht in den Sinn seines Dienstes zu vermitteln. Das zu ändern, muß für alle Verantwortlichen eine Herausforderung sein. Dabei wissen wir um die Grenzen unserer Möglichkeiten. Die Bundeswehr ist nicht die Schule der Nation. Versäumnisse des Elternhauses und der Schule können auch wir nicht ausgleichen und aufarbeiten.

(-/14.7.1980/vo-he/va)

+ + +



Weichenstellung innerhalb der CDU ?  
-----

Stoltenberg sieht für 1984 seinen Weizen blühen

Von Heinz Menzel MdB

Stellvertretendes Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Was sich zunächst nur Eingeweihtehinter vorgehaltener Hand zuflüsternten, wird in letzter Zeit immer deutlicher. Bei seinem Eintritt in die Straußsche Wahlkampfmannschaft ging es Stoltenberg nicht darum, den Bayern zu stärken, sondern um die Chance, etwas für sein eigenes Profil tun zu können. Sein Ziel ist nicht, 1980 den Ministerpräsidentensessel in Kiel mit dem harten Ministerstuhl in Bonn zu tauschen - und das noch unter dem Oberbefehl des auch von ihm ungeliebten Bayern - sondern 1984 als Kanzlerkandidat der Union in das Rennen zu gehen. Das scheint nicht aussichtslos.

Der Bayer ist nach einer verlorenen Wahl 1980 aus dem Rennen. Der Stern des Nordlichts aus Hannover wird mit laufender Regierungszeit immer blasser. Hinzu kommen die Blessuren, die sich der Niedersachsen bei dem Krafakt, den NDR zu zerschlagen, zuzog. Geschickt hatte Stoltenberg diese Sache zwar angezettelt, ihre Ausführung aber, weil sie ihm zu heiß wurde, Albrecht überlassen. Nicht nur bei den Wählern sondern auch innerhalb der CDU hat diesem der Versuch, den Sender Moorland (etwa mit einem Intendanten Mühlfenzi - schwärzer geht's nicht) zu gründen, schwer geschadet.

Jetzt - wo Albrecht alle Hände voll zu tun hat, seine politischen Blessuren zu kühlen und sich nach seiner Bauchlandung neu aufzubauen, sieht Stoltenberg für 1984 seinen Weizen blühen. Sein Opfer, nachdem Kohl abwinkte, 1980 in die Mannschaft von Strauß einzutreten, müßte vier Jahre später - so Stoltenbergs Kalkulation - honoriert werden. Dem Vizekanzlerkandidaten von 1980 kann man - so Stoltenbergs Überlegungen - 1984 die Kanzlerkandidatur nicht verweigern.

Deshalb auch sein Bemühen, bei allen verbalen Kraftakten für den Bayern sich doch von diesem abzuheben, um nach einer verlorenen Wahl am 5. Oktober nicht mit als Verlierer abgestempelt zu werden, sondern dieses Odium ganz allein Strauß zu überlassen.

Bei allen Bemühungen von Stoltenberg, Albrecht und anderen Nordlichtern, sich zwar verbal zu Strauß zu bekennen, ansonsten aber Distanz zu wahren, bleibt die Tatsache, daß Strauß die Spitze des Eisbergs einer rechtskonservativen abgedriftingten CDU ist. In den grundsätzlichen politischen Aussagen unterscheiden sich die Nordlichter kaum von ihrer Kommandozentrale in München.

(+/14.7.1980/hi/ca)

+ + +



Der Ruf nach der Ausgewogenheit  
-----

Politiker sollten Partner der Journalisten sein

Von Fritz Sänger

Die Journalisten in der Bundesrepublik haben in den kommenden Wochen eine besondere Chance: Im Ringen um die Macht in Rundfunk, Fernsehen und Presse, im erraschend heftig und rücksichtslos gewordenen Kampf, Einfluß auf die Medien zu gewinnen, auf die Programmgestaltung, auf Sendezeiten und gar auf Formulierungen der Texte, - in diesem Kampf können und müssen die Journalisten in Haltung und Beharrlichkeit die Freiheit und Bedeutung ihres Berufes und die Unabhängigkeit ihrer Arbeit bewahren und sichern. Kein Gesetz kann die Freiheit des Wortes und der Meinungsäußerung besser schtzen als sie, die Berufenen selbst, die die zuerst Betroffenen sind. Die Bürger im Staat und dieser selbst werden die Zerstörung eines Freiheitsrechts vollends tragen müssen.

In vielen Jahren und Jahrzehnten sind in nationalen und internationalen Diskussionen und dann auch in Gerichtsurteilen vieler Länder die Grundsätze journalistischer Pflichten und Rechte erarbeitet und gebildet worden. Sie werden in zivilisierten Ländern respektiert. Der Deutsche Presserat hat sie in einem "Presse-Kodex" gemeinsam mit den Verbänden der Verleger und Journalisten 1973 dem Bundespräsidenten zur Wahrung eines hohen Gutes überreicht. Sie enthalten die Richtlinien für die redaktionelle Arbeit. Diese sichern eine sachliche Berichterstattung und sie erlauben keine Einflußnahme, wer immer sie auch glaubt beanspruchen zu können. Weder Interessenverbände noch der Staat, weder Regierungen noch Persönlichkeiten in öffentlichen Ämtern, ob sie sie haben oder erst erstreben, dürfen auf die Programme, auf Sendezeiten, auf Dispositionen der Verantwortlichen Druck auszuüben versuchen - am allerwenigsten darf einem Versuch nachgegeben werden. Um der Freiheit des Wortes willen ist dies eine für die Demokratie lebenswichtige Entscheidung derer gewesen, die einmal die Grundrechte im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland entwickelt und beschlossen haben. Was in Artikel 5 des Grundgesetzes festgelegt wurde, ist ein allgemeines Menschenrecht, das - nach Friedrich von Schiller - "droben hanget, unveräußerlich und unzerbrechlich wie die Sterne selbst". Urteile der höchsten Gerichte der Bundesrepublik haben im gleichen Sinne und Geiste das Wollen der Verfassungsgeber bestätigt. Was wir Journalisten daraus machen, ist vor allem unsere eigene Verpflichtung.

Die aktuelle Auseinandersetzung ist aus der Forderung entstanden, einem Kandidaten einer politischen Parteiengruppe die gleiche Position einzuräumen wie dem verantwortlichen, gewählten Bundeskanzler. Es geht hier nicht um die eine oder die andere sondern um jede Partei. Seit dem Bestehen des Grundgesetzes ist die verfassungsmäßige Ordnung respektiert worden.

Aber man kann von Rechtsfragen völlig absehen: Die Forderung, jeweils den anderen neben den einen zu stellen, überspielt oder verachtet gar die Notwendigkeit sachlicher Erwägungen. Der Nachrichtenwert und die Nachrichtenvielfalt entscheiden über die Auswahl von Nachrichten und Berichten, über ihre Plazierung, über den Umfang und in den Funkmedien über die Sendezeiten und sonst nichts. Regierungsarbeit produziert wesentlich reichhaltigeren, meist auch wichtigeren und interessanteren Nachrichtenstoff, und das Gewicht von Regierungsentscheidungen steht dem des Parlamentes, der Opposition und der Koalition gegenüber, nicht aber einer einzelnen Persönlichkeit und sei sie noch so legitimiert als Kandidat einer Gruppe aufgebaut worden - als Kandidat, noch nicht als gewählter Nachfolger.

Ausgewogenheit ist ein Stichwort, das allzu gern und schnell benutzt wird, ohne daß jeder Rufer im Streit beachtet, was er da verlangt und nicht selten, wie er sich damit in Verlegenheit bringt. Die Ausgewogenheit der Nachrichten oder Berichte wird niemals in der Zahl erreicht, die den Namen eines Politikers oder Wirtschaftsfhrers nennt, sondern in der Wichtigkeit der Aussage. In den Berichten über kulturelle Ereignisse wird kaum je diese sachlich entscheidende Komponente des Begriffes "ausgewogen" vergessen.



Die Politiker indessen sehen nur zu oft und zu gern die Person vor der Sache. Wieder kommt es auf die sorgfältig und verantwortungsbewußt tätigen Journalisten an, nicht aber auf die Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder Partei, zu einem "Interessentenhaufen". Die Kontrolle über sich selbst zeichnet den Journalisten aus und kennzeichnet seinen Wert. Die gemeinschaftliche Arbeit und Verantwortung einer Redaktion in Presse und Funk sind die ersten und wichtigsten Kontrollinstanzen, die über Auswahl und Form von Nachrichten, Berichten und Kommentaren entscheiden, nicht aber Interessenten oder Organisationen, die Interessen vertreten, politische oder wirtschaftliche, soziale oder kulturelle.

Es kann dahingestellt bleiben, ob in Funk und Presse die Journalisten in der Mehrzahl sind, die der Politik der Koalition folgen. Schon die üblich gewordene Forschung, wer in welchem Lager steht, ist in hohem Maße bedenklich. Wieviel mehr aber zu verwerfen, Folgerungen aus der individuellen persönlichen Haltung für die berufliche Leistung zu ziehen! Wenn es so ist, wie jener Satz von der Mehrheit besagt, so wäre es doch nur eine Konsequenz aus der politischen Verhaltensweise und der Entscheidenstendenz dieser oder der anderen Gruppe, der Koalition oder der Opposition. Es muß dem Journalisten selbst überlassen bleiben, welcher Ansicht er ist. Zu prüfen und zu entscheiden ist, ob er diese Ansicht in der Regel oder im wichtigen Einzelfall über die Pflicht zur objektiven Berichterstattung oder auch zur sachlichen Kommentierung gestellt hat. Ob ein Journalist eine Verfehlung dieser Art beging, darüber kann auf keinen Fall ein sich betroffen fühlender Interessent entscheiden, weder der Politiker, noch der Künstler, noch eine Regierung, ein Amt oder eine Organisation. Wie wäre es, wenn bei einem solchen Anspruch zunächst einmal geprüft werden müßte, wo denn jener steht, der den Vorwurf erhebt? Gemeint ist auch der Beamte des Staates der Angestellte der Organisation. Wie steht es dort mit der Mehrzahl der Beschäftigten? Da der aktuelle Streit aus einem Regierungsamt, von einer Parteiorganisation kam - wie will man da vor der Kontrollpflicht und Kontrollmöglichkeit der Journalisten bestehen? Für die Arbeit in Funk und Presse sind die Redaktionen, die öffentliche Meinung und die lauernde Konkurrenz die sachlich qualifizierten Kontrolleure. Zudem haben die Gremien der Rundfunk-Anstalten nach Landesgesetzen und Anstaltssatzungen nicht geringe Kontrollmöglichkeiten.

Weder Proporz, so vielfach beschworen, noch eine offizielle Aufsicht, wie immer sie organisiert sein mag, können die unabhängige Entscheidung einer verantwortlichen Redaktion ersetzen. Es ist noch immer zu vielen Zeitgenossen offenbar unbegreiflich, daß Menschen auch in unabhängiger Selbstverantwortung korrekt und erfolgreich tätig sein können - und müssen! Es wird dann die Zustimmung nur zur eigenen Meinung gegeben und es besteht nur dann Bereitschaft, Ausgewogenheit anzuerkennen, wenn in Zentimeter und Sekunde gleicher Umfang und eine gleiche Zahl der Sendungen und Drucke bezeugt werden können.

Solche sachfremden, formalen Forderungen haben nichts mit korrekter und objektiver journalistischer Arbeit zu tun. Es gibt viele Menschen, die in vielen Reden wenig sagen und andere Menschen, die in wenigen Reden beachtenswerte Aussagen bieten. Der Wert, die Bedeutung, die Aktualität, die Nähe zum allgemeinen Interesse entscheiden über Nachricht und Bericht und die souveräne Sachlichkeit über den Kommentar. Solche Nachrichten und Berichte und solche Kommentare sind nötig, nicht aber die, welche den Wünschen, Träumen oder Verlangen von Interessenten entsprechen oder ihnen entgegenkommen.

In den letzten Wochen war auf öffentlich angeschlagenen Plakaten zu lesen, daß "DDR-finanzierte Journalisten", "Hascher", "Terroristenfreunde" im Journalismus tätig seien. Das mag sein, daß es den einen und den anderen gibt, mag sein, daß dieser gar eine Zeitlang tätig sein konnte. Wer aber, wie geschehen, im Ringen um einen objektiven Rundfunk, um eine korrekte Presse solche Verbalinjurien in solchem Zusammenhang benutzt, kann für Journalisten kein Partner sein. Er ist ein Feind des freien und unabhängigen Müehens um Informations- und Meinungsfreiheit. Die Journalisten in der Bundesrepublik haben die Chance, einen deutlich sichtbaren Strich zwischen sich und jene Fanatiker zu ziehen, die noch einmal mit den Methoden einer vergangenen Epoche die Zerstörung einer freien und mündigen Gesellschaft betreiben.

(-/14.7.1980/vo-he/va)

+ + +

